



Gemeinde Hünenberg

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung in Hünenberg

Montag, 10. Dezember 2012, 20.00 Uhr, im Saal «Heinrich von Hünenberg», unter dem Vorsitz von Gemeindepräsidentin Regula Hürlimann

Anwesende Stimmberechtigte: 132 Personen

Protokollführer: Guido Wetli, Gemeindeschreiber

Traktanden

1. Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 18. Juni 2012
2. Budget für das Jahr 2013 und Festsetzung des Steuerfusses
3. Investitions- und Finanzplan für die Jahre 2013 bis 2017
4. Kenntnisnahme Zwischenbericht preisgünstiger Wohnungsbau (inkl. Zwischenbericht zur Motion der SP Hünenberg vom 10. September 2009 betreffend Erhöhung der Ausnützungsziffer zu Gunsten von preisgünstigem Wohnraum)
5. Interpellation des Unabhängig-Grünen Forums Hünenberg betreffend Prüfung eines Wechsels der Gemeindestromversorgung zum Stromprodukt «EGH Sonne & Wasser» - Antwort des Gemeinderates

Begrüssung

Den Auftakt zur Gemeindeversammlung macht das Gitarrenensemble von Lucio Schwerzmann, Musikschule Hünenberg. Mit besinnlichen Klängen stimmen die Jugendlichen auf die bevorstehenden Festtage ein.

Gemeindepräsidentin Regula Hürlimann begrüsst im Namen des Gemeinderates zur heutigen Gemeindeversammlung. Sie freue sich, dass trotz wenigen Traktanden – wie schon an der Juni-Gemeindeversammlung – so viele Personen in den Saal «Heinrich von Hünenberg» gefunden haben, um mit dem Gemeinderat die traktandierten Geschäfte zu behandeln. Heute würden nur das Budget und der Steuerfuss beraten. Daneben werde noch eine Interpellation beantwortet und aus dem Zwischenbericht preisgünstiger Wohnungsbau orientiert. Es lägen keine Kreditanträge vor, was für die Finanzlage der Gemeinde wohltuend sei.

Mit ihrer Anwesenheit würden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihr Interesse an der Gemeinderatstätigkeit sowie am Geschehen und an der Entwicklung ihrer Wohngemeinde bekunden. Vor den eigentlichen Geschäften habe sie noch zwei Vorbemerkungen anzubringen:

Einwohnerzahl

«Hünenberg eine Wachstumsgemeinde» – diese Bemerkung stimme für das Jahr 2012 überhaupt nicht. Per 30. Oktober 2012 habe Hünenberg 9'040 Einwohnerinnen und Einwohner gezählt (4'669 Männer und 4'371 Frauen). Zur gleichen Zeit im Vorjahr seien 9'063 Personen angemeldet gewesen. Es sei somit keine Zunahme, sondern eine Abnahme um 23 Personen zu verzeichnen. In den letzten drei Jahren habe die Bevölkerung stets zugenommen (2011: 227, 2010: 203, 2009: 50). Die durchschnittliche Zunahme der letzten vier Jahren betrage 120 Personen. 2010 und 2011 seien die Überbauungen Schlattwäldli, Rony und Huobweid bezogen worden; dies sei der Grund für diese Zunahme. 2012 seien u.a. viele jüngere Personen nach Rotkreuz in die neue Grossüberbauung Suurstoffi weggezogen. Dort gebe es ein spannendes Umfeld mit öffentlichem Verkehr, Einkaufsmöglichkeiten und alles in kurzen Wegen.

Dank des Wachstums der letzten Jahre sei Hünenberg unter anderem dieses Jahr auch Nummer eins im Gemeinderating der Weltwoche geworden, nachdem man 2011 noch den 15. Platz belegt habe. Der Gemeinderat freue sich über diesen Preis im Wissen, dass es eine Bestätigung jahrelanger kontinuierlicher Arbeit sei und man natürlich mit oder ohne Preis auf diesem Weg bleiben werde.

Vorlagen

In Anbetracht der wenigen Traktanden habe der Gemeinderat beschlossen, nur eine Vorlage zu erstellen. Die zugestellte Einladung zur Gemeindeversammlung entspreche der Langfassung und enthalte darum ausführlichere Angaben zu den Geschäften. Der Gemeinderat behalte sich vor, bei wenigen Traktanden keine Kurzfassung der Vorlagen erstellen zu lassen.

Präsentation der Vorlagen/elektronische Aufzeichnung

Die Powerpoint-Präsentation sei wiederum von der Verwaltung und dem IT-Verantwortlichen nach den Angaben des Gemeinderates erstellt worden.

Die Verhandlungen würden elektronisch aufgezeichnet. Dies erleichtere das Verfassen des Protokolls. Die Aufnahmen würden nach Genehmigung des Protokolls (Juni-Gemeindeversammlung 2013) gelöscht. Die Vorsitzende fragt die Versammlung an, ob gegen dieses Vorgehen Einwendungen bestehen. Dies ist nicht der Fall, so dass der Verlauf der Gemeindeversammlung auf einen Tonträger aufgezeichnet werden kann.

Nach diesen Bemerkungen erklärt die Vorsitzende die heutige Versammlung als eröffnet. Sie richtet einen speziellen Gruss an all diejenigen, die zum ersten Mal an einer Gemeindeversammlung teilnehmen (Neuzugezogene, Jungbürgerinnen und Jungbürger sowie Gäste) und an Stephanie Hess, Journalistin der Neuen Zuger Zeitung.

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Stimmberechtigten durch dreimalige Amtsblattpublikation und Versand der Vorlagen in alle Haushaltungen form- und fristgerecht eingeladen worden sind. Die Vorlagen seien auch auf der gemeindlichen Website aufgeschaltet. Vereinzelt Haushalte in Hünenberg See hätten die Unterlagen nicht erhalten. Die Abklärungen mit der Post würden noch laufen.

Die Vorsitzende erklärt die Versammlung für beschlussfähig. Sie fordert nicht stimmberechtigte Personen auf, auf den für sie reservierten Stühlen in der ersten Reihe Platz zu nehmen. Mit dem Hinweis über die Stimmberechtigung geht sie zu den Tagesgeschäften über.

Stimmzählerinnen/Stimmzähler

Auf Vorschlag von Vizepräsidentin Renate Huwyler werden – nachdem aus der Versammlung keine weiteren Vorschläge eingehen – fünf Personen als Stimmzählerinnen und Stimmzähler gewählt, wovon Beat Luthiger, Gmeindeweibel, als Obmann.

Nachdem aus der Versammlung keine weiteren Vorschläge eingehen, werden die vorgeschlagenen Personen von der Versammlung einstimmig gewählt.

Die Vorsitzende fordert die Stimmzählenden auf, die Anzahl der Stimmberechtigten in ihrem jeweiligen Sektor zu zählen und zu melden. Insgesamt sind 132 stimmberechtigte Personen anwesend. Die Vorsitzende teilt mit, dass der Gemeinderat bei Abstimmungen jeweils auch abstimme, ausser bei der Abnahme der Rechnung und in aufsichtsrechtlichen Belangen. Dies sei heute aber nicht der Fall.

Traktandenreihenfolge und Abstimmungsform

Die Versammlung ist mit der von der Vorsitzenden vorgeschlagenen Reihenfolge der Traktanden einverstanden. Die Traktandenliste ist somit genehmigt. Weiter wird dem Antrag der Vorsitzenden auf offene Abstimmungen statt gegeben.

Motionen/Interpellationen

Seit der letzten Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2012 sind keine Motionen eingegangen. Die Interpellation des Unabhängig-Grünen Forums Hünenberg werde heute unter Traktandum 5 behandelt.

Aus der Versammlung werden keine neuen Motionen/Interpellationen eingereicht.

Ausstandsregelung

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäss § 10 Abs. 1 des Gemeindegesetzes die Gemeinderatsmitglieder bei persönlichen Rechten oder Interessen oder bei solchen von nahen Verwandten in den Ausstand treten müssen. Weiter auch dann, wenn sie Mitglieder von Organen sind, die wirtschaftliche Interessen an den zu behandelnden Geschäften haben. Die heute zu behandelnden Geschäfte würden keinen Ausstand von Ratsmitgliedern erfordern.

Rückweisungsanträge

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass über Rückweisungsanträge sofort abgestimmt werden muss. Damit über eine Sache diskutiert werden könne, bittet sie die Anwesenden, Rückweisungsanträge erst nach erfolgter Diskussion zu stellen.

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 18. Juni 2012

Das Protokoll lag den Stimmberechtigten auf der Einwohnerkontrolle zur Einsichtnahme auf. In den Vorlagen zur heutigen Versammlung ist eine Kurzfassung des Protokolls enthalten. Das Protokoll konnte zudem auf der gemeindlichen Website eingesehen bzw. abgerufen werden. Einsprachen zum Protokoll sind keine eingegangen.

Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 18. Juni 2012 wird ohne Wortmeldungen einstimmig genehmigt und dem Ersteller, Gemeindegemeinschafter Guido Wetli, verdankt.

Traktandum 2

Budget für das Jahr 2013 und Festsetzung des Steuerfusses

Das Budget wird von der Vorsitzenden, Gemeindepräsidentin Regula Hürlimann, vorgestellt. Einleitend hält sie fest, dass die finanziellen Auswirkungen des vom Gemeinderat beantragten Steuerrabattes von 6 % im Budget berücksichtigt seien. Das Budget 2013 sei vom Leitungsteam auf Grund der Vorgaben des Gemeinderates vorbereitet worden. Anschliessend habe der Gemeinderat das Budget beraten. Er sei nach längeren Diskussionen zum Schluss gekommen, dass dem zugrunde gelegten Steuersatz von 70 % ein Rabatt von 6 % gewährt werden könne – 4 % mehr als gegenüber dem Budget 2012.

Dank Sparübungen und einem einmalig hohen Anteil am Finanzausgleich sei es gelungen, ein fast ausgeglichenes Budget für 2013 zu präsentieren. Der Aufwandüberschuss für das Rechnungsjahr 2013 weise einen Fehlbetrag von CHF 172'000.— aus. Bei der Erstellung des Budgets sei mit einem Teuerungsausgleich von 0,5 % auf den Löhnen des Personals inkl. Lehrpersonen gerechnet worden. In der Zwischenzeit habe der Regierungsrat für die kantonalen Angestellten entschieden, dass für 2013 keine Teuerung ausgerichtet werde. Diesem Beschluss habe sich der Gemeinderat angeschlossen. Dadurch reduziere sich der Budgetfehlbetrag um ca. CHF 100'000.— auf ca. CHF 70'000.—.

Die Steuereinnahmen der natürlichen und juristischen Personen seien nach Angaben des Kantons für die Jahre 2013 und 2014 leicht sinkend. Von 2003 bis 2012 sei die Tendenz noch steigend gewesen. 2011 hätten die Steuereinnahmen rund CHF 21'000'000.— betragen und 2012 würden sie ca. CHF 23'200'000.— ausmachen. 2013 rechne man noch mit rund CHF 20'700'000.—.

Der Gemeinderat nehme die ansteigende Fremdverschuldung sehr ernst – grösser werde sie durch die Grossinvestition beim Schulhaus Ehret B. Der Gemeinderat sei der Meinung, dass die Schulhausrenovation und die Erweiterung eine notwendige langfristige Investition sei, die sich die Gemeinde leisten müsse, um die Attraktivität zu erhalten oder sogar zu steigern. Der Gemeinderat sei bestrebt, die Ausgaben tief zu halten und darum auch bestehende Angebote zu hinterfragen. Das Leitungsteam habe für das Budget 2014 den Auftrag erhalten, alle nicht gebundenen Ausgaben aufzulisten, damit der Gemeinderat für den schlimmsten Fall bereit wäre und allenfalls Dienstleitungen abbauen könnte.

In der Folge stellt die Vorsitzende die wichtigsten Zahlen des Budgets mittels Powerpoint-Präsentation vor. Zum Ertrag führt sie aus, dass zu den Entgelten u.a. Abwassergebühren, Beurkundungsgebühren und Rückerstattungen im Sozialdienst gehören. Bei den Beiträgen seien CHF 6'800'000.— an Schülerpauschalen enthalten. Beim Anteil am kantonalen Finanzausgleich handle es sich um eine einmalige Verdoppelung auf Grund von Sondersteuern. Beim Aufwand seien weniger Abschreibungen zu verzeichnen, weil weniger investiert werde. Der Personalaufwand sei durch die Kantonalisierung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes ebenfalls rückläufig. Das Spezielle am Budget 2013 sei das neue Konto «ausserordentliche Instandhaltung Immobilien», das mit CHF 2'761'000.— alimentiert ist. Der Instand- und Substanzerhaltung bei den Immobilien sei in den vergangenen Jahren zu wenig Beachtung geschenkt worden. Diesem Umstand wolle der Gemeinderat nun Rechnung tragen und habe folgende Massnahmen eingeleitet:

- Personalaufstockung im Immobilienbereich
- Anschaffung eines Liegenschaftserfassungs-Tools

In einem ersten Schritt soll eine Grobbeurteilung des Immobileinbestandes mit einem Versicherungsneuwert von CHF 150'000'000.— vorgenommen werden. Anschliessend würden projektpräzise Aussagen erwartet. Gestützt darauf werde der Gemeinderat dann eine Erneuerungs- und Instandhaltungsstrategie definieren.

Auf Grund des hohen Finanzausgleichsbetrages und der Zielsetzung des Zuger Finanzausgleichs, die eine Annäherung der Steuerfüsse der Gemeinden erreichen will, aber auch gestützt auf die gemeindliche Finanzstrategie, die verlange, dass der Steuerfuss der Gemeinde Hünenberg über drei Jahre im Durchschnitt aller Zugergemeinden liegt, habe der Gemeinderat beschlossen einen Steuerrabatt von 6 % zu gewähren und der Gemeindeversammlung ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. 2011 sei ein Steuerrabatt von 5 % und 2012 ein solcher von 2 % gewährt worden. Mit dem beantragten Steuerrabatt von 6 % sei man bei den anderen Zuger Gemeinden dabei. Wenn nur 2 % gewährt würden, rangiere man am Ende der Tabelle.

AA ergreift das Wort. Die Gemeindepräsidentin habe im Vorfeld in einem Zeitungsinterview gesagt, dass der Steuerfuss am meisten zu diskutieren gebe und das sei auch beim UGF so gewesen. Er stelle den Antrag, für das kommende Jahr die Senkung des Steuerfusses auf 3 % statt auf 6 % festzulegen, also auf 67 %. Mit dieser Lösung könne der Gemeinderat seinem Ziel, den Steuerfuss im Durchschnitt der Zuger Gemeinden festzulegen, doch ein bisschen näher kommen. Und gleichzeitig könnten alle Steuerzahlenden von einer Reduktion profitieren. Mit diesem Antrag würde das Budget 2013 um rund CHF 1'000'000.— verbessert. Diese Million wäre nach Meinung des UGF für die Erneuerung des Schulhauses Ehret B einzusetzen. Bekanntlich würden die Kosten im Jahr 2014 zu laufen beginnen und insgesamt über CHF 22'000'000.— erreichen. Die Begründung für diesen Antrag liege vor allem bei der Sorge um die finanzielle Zukunft der Gemeinde und in den Konsequenzen für den preisgünstigen

Wohnungsbau. Die Fremdverschuldung werde sich in den nächsten Jahren massiv erhöhen und tatsächlich finde das UGF wie auch der Gemeinderat, dass eine Schuld, die heute von CHF 5'000'000.— auf rund CHF 36'000'000.— steigen werde, keine gute Entwicklung ist. Das sehe man auch bei den Pro-Kopf-Zahlen; dort steige die Schuld von CHF 460.— auf gegen CHF 4'000.— bis im Jahr 2017. In Anbetracht dieser Entwicklung sei es nicht erstaunlich, dass der Gemeinderat auf Seite 19 der Vorlage bei der Investitions- und Finanzplanung durchblicken lasse, dass in Zukunft eine Erhöhung des Steuerfusses nötig werden könnte. Grosse Schwankungen im Steuerfuss seien nicht sinnvoll. Im Gegenteil: ein möglichst konstanter Steuerfuss sei wünschenswert für Betriebe wie auch für Privat-Haushalte. Der Antrag des UGF habe zur Konsequenz, dass Hünenberg für das kommende Jahr im Vergleich zu den anderen Zuger Gemeinden nicht mehr so gut dasteht. Da könne man sich fragen, was wichtiger ist: Das Wohl der Hünenberger Finanzen oder der Vergleich mit den anderen Gemeinden. Der Vergleich mit den Zuger Gemeinden sei sowieso nicht so zentral. Bekanntlich habe die «Weltwoche» in einem Rating die Gemeinde Hünenberg in diesem Jahr zur Nummer eins in der ganzen Schweiz deklariert, obwohl Hünenberg zurzeit in Sachen Steuerfuss an viertletzter Stelle im Kanton Zug stehe. Und der dritte Punkt, das sei für das UGF der Wichtigste: Das UGF störe die Möglichkeit, dass das Land im Rony, das im Eigentum der Gemeinde steht, verkauft werden könnte, um die Schulden zu reduzieren. Der Landverkauf werde auf Seite 19 erwähnt. AA zitiert: «Auch ein vorgezogener Landverkauf im Rony würde sich positiv auf die Schulden auswirken.» Und warum störe dies das UGF? Weil es sich um gemeindeeigenes Land handle, auf dem die Gemeinde problemlos preisgünstige Wohnungen bauen oder bauen lassen könnte. Wenn man mit einem Landverkauf Schulden reduzieren wolle, dann sollte man dafür auch einen guten Preis erzielen. Dann seien aber preisgünstige Wohnungen gar nicht mehr möglich. Und das Land im Rony sei zurzeit die einzige Möglichkeit für die Gemeinde, den erwünschten Bau von preisgünstigen Wohnungen in den nächsten Jahren zu fördern. Dies habe eine gemeindliche Arbeitsgruppe herausgefunden, die ihren Bericht diesen Sommer abgeliefert habe. Und preisgünstige Wohnungen seien wichtig in Hünenberg; die schwierige Situation im ganzen Kanton sei bekannt. Und es sei wichtig, dass die Gemeinden helfen, die Situation zu verbessern. Das sei nicht nur die Meinung des UGF, sondern auch des Zuger Regierungsrates. Er möchte dazu drei Sätze aus einer Vorlage des Regierungsrates vorlesen. Die Vorlage datiere vom August 2012 und auf Seite 30 dieses raumplanerischen Berichtes stehe Folgendes: Der Kanton und die Gemeinden werden verpflichtet, auf eigenen Grundstücken Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen zu realisieren oder realisieren zu lassen. Das zweite Zitat: Die Gemeinden betreiben eine aktive Landpolitik und erwerben Liegenschaften, sofern sich entsprechende Gelegenheiten bieten. Eigenes Bauland kann auch im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger abgegeben werden. Das UGF könne sich nur der Meinung des Regierungsrates anschliessen.

Darum möchte man den Druck auf die gemeindlichen Finanzen reduzieren, damit der Druck nicht dazu führe, dass die Parzelle im Rony verkauft werden muss. Mit einem Steuerfuss, der nur um 3 % reduziert werde, könne Hünenberg die sinnvollen Vorgaben des Kantons besser umsetzen.

BB führt aus, dass die FDP nach dem Studium der Unterlagen feststelle, dass der Aufwand gegenüber dem Budget 2012 mehr oder weniger stabil bleibe, aber eine steigende Tendenz aufweise. Die FDP erwarte und gehe davon aus, dass den Kosten auch in Zukunft höchste Aufmerksamkeit geschenkt wird. Das gute erwartete Rechnungsergebnis sei aber das Resultat des einmalig hohen Beitrags aus dem kantonalen Finanzausgleich. Mit über CHF 12'500'000.— betrage er rund das Doppelte des diesjährigen Finanzausgleichs. Wie das Budget zeige, sei mit tieferen Steuererträgen zu rechnen, einerseits begründet durch die Auswirkungen der Steuergesetz-Revision, andererseits durch die unsichere Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen

Situation. Beim Studium des Investitions- und Finanzplanes für die Jahre 2013 bis 2017 sehe man, dass die Gemeinde in den nächsten Jahren vor grosse Investitionsvorhaben, in erster Linie im Hochbau-Bereich, gestellt werde. Sofern alle Investitionen verwirklicht würden, würde sich dadurch die Nettoverschuldung bis 2017 auf CHF 36'000'000.— erhöhen. Bekanntlich setze sich die FDP stets für tiefe Steuern ein. Sie sei aber auch bereit, die finanzielle Lage der Gemeinde nicht nur kurz-, sondern auch mittelfristig zu beurteilen. Auf Grund der im Investitions- und Finanzplan aufgezeigten Situation sei sie der Meinung, dass auf die Erhöhung des Steuerabattes von 2 % auf 6 % verzichtet werden soll. Die Steuern würden ja dank der Steuergesetz-Revision ohnehin tiefer ausfallen. Der Verzicht auf den zusätzlichen Rabatt von 4 % entspreche einem Betrag in der Grössenordnung von CHF 1'300'000.—. Dies bedeute, dass eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen von CHF 60'000.— auf einen Rabatt von ca. CHF 54.— und bei einem steuerbaren Einkommen von CHF 100'000.— auf ca. CHF 110.— verzichten müsste. Die CHF 1'300'000.— sollen zweckgebunden für anstehende Investitionen bzw. zur Schuldenreduktion verwendet werden. Die FDP stelle daher folgende Anträge:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2013 sei unverändert bei 70 % des kantonalen Einheitsansatzes zu belassen, es sei jedoch weiterhin ein Rabatt von 2 Einheiten zu gewähren.
2. Der aus der Reduktion des Steuerrabattes von 6 % auf 2 % resultierende Mehrertrag sei zweckgebunden für Vorfinanzierungen zukünftiger Investitionen oder allenfalls als Steuerausgleichsreserve zu verwenden.
3. Nach den Anpassungen der Punkte 1 und 2 sei das Budget für 2013 zu genehmigen.

CC ergreift das Wort. Was das Budget 2013 betreffe, könne sie es im Namen der CVP kurz machen. Man habe einstimmig Zustimmung beschlossen und werde Änderungsanträge nicht unterstützen. Die CVP erachte es als sinnvoll, dass man in einmalig guten Zeiten in die bestehende Infrastruktur investiere und auch die Bevölkerung am guten Ergebnis teilhaben lasse. Wichtig scheine dabei allerdings, dass das einmalige vorweihnachtliche Steuergeschenk auch wirklich nur als Steuerrabatt und nicht als Steuersenkung wahrgenommen werde. Denn es sollten damit nicht weitere Begehrlichkeiten geweckt und kein Präjudiz für künftige Rabatte geschaffen werden. Die CVP empfehle, das Budget, den Steuerfuss und den Rabatt, so wie es der Gemeinderat vorgeschlagen habe, gut zu heissen.

DD dankt dem Gemeinderat für das vorliegende Budget. Das Budget 2013 sei leicht defizitär, aber durchaus akzeptabel. Die SVP unterstütze auch das neugeschaffene Aufwandkonto «ausserordentliche Instandhaltung». Man erachte es als sinnvoll und notwendig, dass die erstklassige Infrastruktur der Gemeinde professionell unterhalten werde, so könne man sich teure Express-Sanierungen ersparen und man könne längerfristig planen. Erstaunt sei man über die Abteilung Soziales und Gesundheit. Ab dem 1. Januar 2013 werde das Vormundschafswesen kantonalisiert und es hätten gegenüber dem letzten Jahr rund CHF 760'000.— nicht mehr budgetiert werden müssen. Trotzdem liege das Budget in dieser Abteilung rund CHF 280'000.— tiefer als im Vorjahr. Faktisch habe man also trotzdem eine Erhöhung von rund CHF 500'000.— im Sozialwesen der Gemeinde Hünenberg. Es dürfe nicht vergessen werden, dass das neue Vormundschafswesen mit kantonalen Steuergeldern bezahlt werde. Man sehe also, dass die Sozialindustrie boome. Er hoffe, dass man das Wachstum in diesem Bereich irgendwann stoppen oder wenigstens reduzieren könne. Die SVP Hünenberg empfehle der Gemeindeversammlung, die Anträge des Gemeinderates zu unterstützen.

EE teilt mit, dass sich die SP Hünenberg dem Antrag des UGF anschliesse und auch wolle, dass man den Rabatt auf 3 % reduziert. Eine Überlegung sei, dass durch die kantonale Steuergesetzrevision rund CHF 1'000'000.— weniger Steuereinnahmen generiert werden. Das heisse, die Bürgerinnen und Bürger müssten bereits weniger Steuern zahlen und wenn man jetzt noch einmal 6 % Rabatt gewähre, wäre das noch einmal eine Million zusätzlich, also rund zwei Millionen, die man als Weihnachtsgeschenk oder Begehrlichkeiten allenfalls auszahlen würde. Man schreibe zwar eine schwarze Null, was schön sei, aber die anstehenden Investitionen seien genannt worden. Es brauche Geld für die Schulen, für andere Sachen und es mache keinen Sinn, wenn man sich dann dort verschulden müsse.

AA möchte den Antrag des UGF betreffend Zweckgebundenheit dieser CHF 1'000'000.—, die man an Mehreinnahmen haben würde, noch etwas präzisieren. Das UGF schliesse sich diesbezüglich dem Antrag der FDP an. Dieser sei konkreter und klarer formuliert als das was er gesagt habe.

Die Vorsitzende erklärt, dass über die Zweckbestimmung eines allfälligen Überschusses heute noch nicht bestimmt werden könne. Dies erfolge im Zusammenhang mit der Rechnung. Die Einwohnergemeindeversammlung könne dann noch einmal zur Verwendung Stellung nehmen. Der Gemeinderat nehme das Votum aber so entgegen.

Alois Rast, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK), nimmt zum Budget Stellung. Die RPK habe das Budget geprüft und den Antrag, wie er in der Vorlage stehe, so gefasst. Bevor er aber zum Prüfungsbericht komme, habe die RPK noch zwei, drei Bemerkungen zum Budget. Es gehe ein bisschen in die Richtung, die bereits genannt worden sei. Man habe einen einmaligen Zusatzbetrag von CHF 6'300'000.— aus dem Finanzausgleich und wenn man diesen jetzt nicht anderweitig eingesetzt hätte, würde das Ergebnis etwa in derselben Grösse abschliessen. Wie man gesehen habe, habe man ja ungefähr ein ausgeglichenes Resultat. Die RPK begrüsse den Schritt des Gemeinderates, die Gelegenheit zu nutzen und für den aufgestauten Unterhalt bei Immobilien einen Betrag von CHF 2'800'000.— auf die Seite zu legen. Was die RPK hingegen nicht nachvollziehen könne, sei die Gewährung eines Steuerrabattes von sechs Prozenten bzw. von vier Prozenten mehr als im Vorjahr. Rein formal gesehen sei dies ja aus Budgetsicht vertretbar. Aber mit Blick auf die bevorstehende Erweiterung und Sanierung des Schulhauses Ehret B wäre es sinnvoller, den Mehrertrag zweckgebunden für das sogenannte Investitionsvorhaben zu verwenden. Mit einem Steuerrabatt von zwei Prozenten würde das heissen, dass am Jahresende ein Überschuss in der Grössenordnung von CHF 1'000'000.— resultieren müsste. Dies sei dann der Betrag, den man dazu verwenden könnte und entsprechend zurückzustellen sei. In der Folge kommt FF zum Bericht der RPK, der in der Vorlage abgedruckt sei. Er verliest direkt die Anträge der RPK:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2013 sei unverändert bei 70 % des kantonalen Einheitsansatzes zu belassen; es sei jedoch ein Rabatt von sechs Einheiten zu gewähren.
2. Das Budget für das Jahr 2013 sei zu genehmigen.

CC erklärt, dass sie ein bisschen verwirrt sei. Sie hätte eine kurze Frage an Alois Rast. Er habe jetzt gegen den Steuerrabatt gesprochen. Sie möchte wissen, als was Alois Rast gerade gesprochen hat: als Präsident der RPK, die ja den Steuerrabatt empfehle, oder als Privatperson.

Alois Rast teilt mit, dass es grundsätzlich so sei, dass die RPK das Budget prüfe und wenn die Vorgaben/Richtlinien eingehalten seien, es keinen formellen Grund gebe, dass die RPK das Budget zurückweist. Aber auch dann, wenn die formellen Erfordernisse an die Rechnung und den Voranschlag erfüllt seien, gebe es doch Überlegungen, die sich die RPK mache. Die Beurteilung eines Sachverhalts durch die RPK könne dabei durchaus anders sein als durch den Gemeinderat. Und es sei nach Ansicht der RPK kein Widerspruch, wenn sie sich eigene Überlegungen mache und dies der Versammlung auch kund tue. Im Gegenteil, die RPK sehe es als ihre moralische Verpflichtung an, den Stimmbürger darüber zu informieren.

Gemeinderätin Käty Hofer, Vorsteherin der Abteilung Soziales und Gesundheit, nimmt Stellung zum Votum von DD. Dieser habe gesagt, dass im Vormundtschaftswesen etwa CHF 800'000.— abgebaut würden, weil die Aufgaben an den Kanton gehen. Es stimme, dass die Vormundschftsaufgaben von der Gemeinde an den Kanton fallen würden, aber sie habe jetzt schnell eine Überschlagsrechnung gemacht und komme auf Kosten in der Grössenordnung von CHF 450'000.—, die abgebaut werden und nicht auf CHF 800'000.—. Die Kosten der Betreuungsstelle von rund CHF 300'000.— seien in den anderen Kosten enthalten und dürften nicht dazu gezählt werden.

Nachdem das Wort nicht mehr gewünscht wird, schreitet die Präsidentin zur Abstimmung. Sie erklärt, dass nach dem Ausschlussverfahren abgestimmt werde und es werde zunächst der Antrag auf 2 % Steuerrabatt demjenigen auf 3 % gegenübergestellt. Der Sieger komme dann in die Ausmarchung gegen den Antrag des Gemeinderates auf 6 % Steuerrabatt. Nach intensiver Diskussion über das Vorgehen hält die Vorsitzende an diesem Vorgehen fest.

EE unterstützt das Vorgehen der Präsidentin und hält fest, dass man zuerst über die Unteranträge abstimmen müsse und nachher werde derjenige Antrag, der obsiegt hat, dem Antrag des Gemeinderates gegenüber gestellt. Und nachher gebe es keine Abstimmung Steuerrabatt ja oder nein, weil dieser Antrag gar nicht gestellt worden sei.

In der ersten Abstimmung erhält der Antrag der FDP, 2 % Steuerrabatt zu gewähren, 33 Stimmen. Der Antrag von UGF und SP auf einen Steuerrabatt von 3 % kommt auf 29 Stimmen. Somit wird der Antrag der FDP demjenigen des Gemeinderates gegenübergestellt. Dabei obsiegt der Antrag der FDP (2 % Rabatt) gegenüber dem gemeinderätlichen Antrag (6 % Steuerrabatt) mit 60 zu 58 Stimmen.

In der Schlussabstimmung beschliesst die Versammlung mit 99 zu 8 Stimmen Folgendes:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2012 wird unverändert bei 70 % des kantonalen Einheitsansatzes belassen; es wird jedoch ein Rabatt von zwei Einheiten gewährt.
2. Das Budget für das Jahr 2013 wird unter Berücksichtigung des neuen Steuerrabattes von 2 % genehmigt.

FF weist darauf hin, dass der Antrag der FDP auch noch einen Punkt betreffend Verwendungszweck beinhaltet hat. Er fragt an, ob dieser mit der Zustimmung zum Steuerrabatt der FDP ebenfalls angenommen worden sei.

Die Vorsitzende verneint diese Frage. Sie habe vorhin schon gesagt, dass der Verwendungszweck heute nicht beschlossen werden könne. Die Rechnung 2013 müsse zuerst einen Mehrertrag von CHF 1'300'000.— ausweisen und erst dann könne man bei der Gewinnverwendung auf diesen Antrag zurückkommen. Via Budget sei dies nicht möglich.

Traktandum 3

Investitions- und Finanzplan für die Jahre 2013 bis 2017

Die Vorsitzende erklärt, dass der Investitions- und Finanzplan einen Überblick über die mutmassliche Entwicklung des gemeindlichen Haushaltes geben soll. Er sei ein Planungsinstrument und kein Beschluss, der irgendwelche Ausgaben auslöse. Er werde jährlich den sich abzeichnenden Änderungen der Verhältnisse angepasst. Die Zahlen der geplanten Kredite seien auf Grund von Erfahrungswerten eingesetzt worden. Falls eine geplante Investition realisiert werden soll, werde entweder eine separate Kreditvorlage der Gemeindeversammlung unterbreitet oder der Kredit werde über das Budget eingeholt (bei Ausgaben unter CHF 200'000.—).

Verglichen mit dem letztjährigen Finanzplan würden sich die Investitionen von 2013 bis 2017 von rund CHF 30'000'000.— auf rund CHF 43'000'000.— erhöhen. Neu in die Planung seien die Aufwertung des Dorfzentrums, die Zentrumsplanung mit Gemeindehaus, die Sanierung und Erweiterung des Schulhauses Rony und die Erneuerung des Rahmenkredites für die Kanalisation aufgenommen worden. Sofern alle geplanten Investitionen in den Jahren 2013 bis 2017 verwirklicht würden und das Bauland Rony nach 2017 verkauft würde, erhöhe sich die Nettoschuld auf rund CHF 36'000'000.— und die Nettoschuld pro Einwohner von CHF 560.— auf rund CHF 3'800.—. Die Fremdvverschuldung werde sich wegen der geplanten Investitionen auf ca. CHF 42'000'000.— erhöhen. Dies seien alles Planungszahlen; der Gemeinderat werde auf Investitionen verzichten müssen, sofern sich die Steuereinnahmen oder Finanzausgleichsbeiträge wegen weltweiten Finanzturbulenzen nicht erhöhen, beispielsweise durch gute Steuerzahler, hohe Grundstückgewinnsteuern oder Verkauf von gemeindeeigenem Land. Darum aktualisiere der Gemeinderat den Investitions- und Finanzplan jährlich und berücksichtige die aktuellen Zahlen. An Hand von Folien präsentiert die Vorsitzende die gemeindliche Finanzstrategie mit den aktuellen Zahlen.

DD führt aus, dass die SVP Hünenberg den Investitions- und Finanzplan studiert habe und der Ansicht sei, dass die verzinslichen Schulden pro Kopf auf keinen Fall so weitergehen dürfen. Es sei vorgesehen, dass 2017 verzinsliche Schulden von CHF 7'700.— pro Kopf lasten. Heute seien es rund CHF 3'000.—. Es könne nicht sein, dass so extrem über die Verhältnisse gelebt und unseren Nachkommen eine solche Last hinterlassen werde. Der Gemeinderat versuche mit einem Landverkauf die Schuld zu minimieren, was natürlich reine Augenwischerei sei, weil ein Landverkauf Neuzuzüger generiere und enorme Folgekosten bei der Infrastruktur – wie beispielsweise bei den Schulen – auslöse. Hünenberg wolle ja nicht bald eine Stadt sein. Die SVP Hünenberg werde diesem Lauf Gegensteuer geben. An der Sommer-Gemeindeversammlung 2013 werde man eine Motion einreichen. Die Motion soll die verzinslichen Schulden pro Kopf auf ein Maximum begrenzen und so die Investitionen nicht verhindern, aber besser auf die Jahre verteilen und allenfalls effizienter gestalten. Er hoffe, dass die Stimmberechtigten dieses Begehren im Sommer unterstützen, damit Hünenberg auch in Zukunft eine Gemeinde – er betone eine Gemeinde und keine Stadt – mit Charme und gesunden Finanzen sein könne.

Die Vorsitzende nimmt Stellung zum angesprochenen Landverkauf. Wenn man den Finanzplan anschau, sei ersichtlich, dass vor 2018 kein Landverkauf vorgesehen sei. Der Gemeinderat habe auch nicht vor, nach 2018 Land zu verkaufen. Man habe in der Investitionsrechnung lediglich ausgewiesen, dass es dieses Land gibt. Es stehe nirgends, dass das Land verkauft werden soll. Ob die Versammlung der gleichen Meinung wie der Gemeinderat sei, sei etwas anderes. Ein Verkauf wäre eine absolute Notlösung. Land verkaufen, um Schulden zu tilgen, sollte man wirklich nur im aller schlechtesten Fall. Was das Thema Stadt betreffe, müsste Kantonsrat DD eigentlich wissen, dass Hünenberg gar nicht zur Stadt werden könne, weil das Wachstum mit Grenzen vom Regierungsrat vorgegeben sei. Danach könne Hünenberg bis 2030 höchstens 9'800 Einwohner haben (exkl. Verdichtungspotenzial). Also auch diese Angst könne sie allen nehmen.

Nachdem das Wort nicht weiter gewünscht wird, nehmen die Versammelten vom Investitions- und Finanzplan für die Jahre 2013 bis 2017 Kenntnis.

Traktandum 4

Kenntnisnahme Zwischenbericht preisgünstiger Wohnungsbau (inkl. Zwischenbericht zur Motion der SP Hünenberg vom 10. September 2009 betreffend Erhöhung der Ausnützungsziffer zu Gunsten von preisgünstigem Wohnraum)

Die Vorlage wird von Renate Huwyler, Vizepräsidentin und Vorsteherin der Abteilung Sicherheit und Umwelt, vorgestellt. Um mit dem Anliegen von preisgünstigem Wohnraum einen Schritt weiter zu kommen, habe der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Parteien, der Korporation Hünenberg, der Wohnbaugenossenschaft Bellevue Hünenberg und der Verwaltung eingesetzt. Der schriftliche Bericht der Arbeitsgruppe sei auf der gemeindlichen Website aufgeschaltet oder auf der Verwaltung erhältlich.

Die Arbeitsgruppe sei zu folgenden Resultaten gekommen:

Mietwohnungen für eine breitere Bevölkerungsschicht könnten in Hünenberg nur entstehen, wenn,

- der Landpreis genügend tief angesetzt werden könne, was praktisch nur in Zusammenarbeit mit öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinde sowie Korporationen und Kanton) erreicht werden könne, oder
- mit einer vertraglichen Regelung für eine Neueinzonung oder Umzonung.

Die anderen Massnahmen und Möglichkeiten würden in Hünenberg kaum die erwünschte Wirkung zeigen oder würden bei einer Verbilligung durch die Einwohnergemeinde sehr teuer.

Die Motion der SP, die einen zusätzlichen Ausnützungsbonus von 10 % in Wohnzonen fordere, wenn zusätzlicher Raum für preisgünstigen Wohnraum geschaffen werde, sei an der Gemeindeversammlung vom Dezember 2009 erheblich erklärt worden. In der Gemeinde Hünenberg gebe es bei Arealüberbauungen bereits die Möglichkeit, die Ausnützung für gestalterische Kriterien um bis zu 15 % zu erhöhen. Werde zudem ein Areal mit Bebauungsplan überbaut, könne noch weiter von den allgemeinen Vorschriften abgewichen werden. Die von der SP verlangte zusätzliche Ausnützung von 10 % mache nur bei grösseren Gebäuden Sinn. Beispielsweise ergäbe dies bei einem Einfamilienhaus mit sechs Zimmern nur gerade 0,6 Zimmer und bei einem

Zweifamilienhaus mit total zehn Zimmern nur ein zusätzliches Zimmer. Dies sei zuwenig für eine preisgünstige Wohnung.

Die heute geltende Bauordnung sei mit der Ortsplanung 2004 beschlossen worden. Der Gemeinderat erachte die Änderung einzelner Bestimmungen in der Bauordnung im heutigen Zeitpunkt nicht als sinnvoll. Die Gewährung eines Ausnützungsbonus wolle man bei einer generellen Überprüfung der Bauordnung neu beurteilen.

Der Gemeinderat habe das Siedlungsgebiet der Gemeinde Hünenberg auf mögliche Grundstücke für preisgünstigen Wohnungsbau überprüft. Um die Anlagekosten tief zu halten und den Boden gut auszunützen, seien mindestens drei bis vier Geschosse nötig. Preisgünstiger Wohnraum soll in der Nähe der gemeindlichen Infrastruktur wie Schulen, Verkehr, Einkauf etc. entstehen. Zudem sei auch die Belastung des gemeindlichen Finanzhaushaltes in die Überlegungen einzubeziehen.

Kurzfristig würden nur wenige Grundstücke für preisgünstigen Wohnungsbau in Frage kommen. Mit der nächsten Ortsplanungsrevision in ca. zehn Jahren könnten Ein- und Umzonungen die Situation verbessern. Dazu seien heute schon Vorbereitungsarbeiten nötig.

Das geplante Vorgehen des Gemeinderates sehe wie folgt aus:

- mit verschiedenen Grundeigentümern Gespräche betreffend preisgünstigem Wohnungsbau führen;
- ein konkretes Bauprojekt vorantreiben;
- bei der nächsten Ortsplanungsrevision bei Ein- und Umzonungen auf die Erstellung von preisgünstigen Mietwohnungen achten;
- Vereinbarungen mit Grundeigentümern abschliessen z.B. über einen Mindestanteil von preisgünstigen Mietwohnungen.

Die Vorsitzende erwähnt, dass es sich um einen Zwischenbericht und nicht um den Endbericht handelt. Der Gemeinderat habe etwas präsentieren wollen. Man sei sicher noch nicht am Ende und habe auch das weitere Vorgehen aufzeigen wollen.

GG ergreift das Wort und dankt im Namen der SP Hünenberg für den Zwischenbericht. Die SP finde es gut, dass der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat. Die SP habe folgende Fragen: Hat der Gemeinderat bereits konkrete Vorstellungen, wo preisgünstiger Wohnraum erstellt werden kann? Wenn ja, sind mit diesen Grundeigentümern bereits Kontakte aufgenommen worden? Hat der Gemeinderat einen Zeitplan aufgestellt, um mit diesen Grundeigentümern zu reden und in Verhandlung zu treten? Die SP erwarte in nächster Zeit Vorschläge und frage an, bis wann man damit rechnen kann. Das gemeindeeigene Land sollte auf keinen Fall verkauft werden, dies im Gegensatz zur Meinung der SVP. Das wenige Land, das man habe, dürfe nicht noch verscherbelt werden. Und das Land, das der Gemeinde gehöre, sollte eigentlich nur im Baurecht abgegeben werden, weil damit Einnahmen generiert werden können. Weiter frage sich die SP, ob bei privaten Verkäufen eine Mehrwertabschöpfung vorgesehen ist. Denn damit könnte die Gemeinde Geld einnehmen, das sie für den preisgünstigen Wohnungsbau einsetzen könnte. Es stelle sich auch die Frage, ob eine Zonenplanung vorgesehen ist, um mögliche Projekte zu realisieren. Der Gemeinderat sollte in zukünftige Vorhaben investieren. Um diese zu realisieren, sollte sie Land kaufen und nicht verkaufen.

Gemeinderätin Renate Huwylar geht kurz auf die Fragen ein. Wie die Gemeindepräsidentin schon gesagt habe, handelt es sich vorliegend um einen Zwischenbericht und nicht um einen Schlussbericht. Deshalb könne der Gemeinderat noch wenig konkrete Aussagen machen. Man habe bereits mit Grundeigentümern Gespräche geführt und werde auch noch weitere Gespräche führen, um konkret ein Projekt weiter zu verfolgen und auch durchzuziehen. Es sei aber nicht immer so einfach. Mit öffentlich-rechtlichen Körperschaften und bei Neueinzonungen sei es sicher einfacher, aber betreffend Gespräche mit den Grundeigentümern wolle man dran bleiben. Was das gemeindeeigene Land im Rony betreffe, sei sich der Gemeinderat bewusst, dass dies das Tafelsilber der Gemeinde ist und der Gemeinderat wolle es – wie Regula Hürlimann schon gesagt habe – sicher bis 2018 nicht antasten. So sei es auch im Finanzplan festgehalten. Nachher werde man die Situation wieder neu beurteilen. Eine allfällige Abgabe im Baurecht sei sicher ein guter Ansatz. Die Mehrwertabschöpfung sei bis jetzt im Gemeinderat noch kein Thema gewesen. Wie gesagt, die Zonenplanänderung werde in ca. zehn Jahren kommen, und dann würden sicher noch weitere Ideen auftauchen. Und auch das Umfeld werde sich weiterentwickeln, wer wisse das schon.

Angesprochen auf einen Zeitplan führt Renate Huwylar aus, dass es schwierig sei, einen solchen zu erstellen. Der Zeitplan sei von den Verhandlungen mit den Grundeigentümern abhängig. Wenn ein Grundeigentümer zum Bau von preisgünstigem Wohnraum bereit sei und die Gemeinde und auch der Kanton Unterstützung bieten, könne sich der Gemeinderat durchaus vorstellen, dass es schnell geht. Aber konkret habe noch kein Grundeigentümer angebissen. Wenn es soweit sei, werde man sicher nicht auf der Bank sitzen, sondern das Projekt vorantreiben.

HH hält fest, dass ihrer Partei eigentlich der preisgünstige Wohnungsbau sehr am Herzen liege. Man merke einfach, dass die Preislagen in Hünenberg nicht mehr für alle erschwinglich sind. Es sei dem UGF bewusst, dass es sich um einen Zwischenbericht handelt. Trotzdem habe man dazu noch einige Fragen. In der Vorlage stehe, dass kurzfristig nur wenige Grundstücke in Frage kämen. Das UGF möchte gern wissen, was das überhaupt für Grundstücke sind. Und dann sei da auch noch der Zeithorizont von zehn Jahren bis zur nächsten Ortsplanungsrevision. Das heisse für sie, dass man zehn Jahre lang warten müsse, bis irgend etwas unternommen werde. Es würde sie interessieren, in welchem Zeitraum der Gemeinderat denkt oder plant und nicht bloss auf die nächste Einzonung und Umzonung wartet. Um das Ziel zu erreichen, sollen Vereinbarungen mit Grundeigentümern abgeschlossen werden, z.B. über einen Mindestanteil an preisgünstigen Mietwohnungen. Die Gemeinde sei ja Eigentümerin einer Landparzelle im Rony, die eigentlich alle Voraussetzungen erfülle. Theoretisch könnte man dort morgen mit Bauen beginnen. Gemäss Richtplan habe die Gemeinde den Auftrag, für preisgünstigen Wohnraum zu sorgen. Im Richtplan heisse es, dass die Gemeinden auf eigenen Grundstücken Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen realisieren oder realisieren lassen sollten. Sie frage deshalb an, wie konkret die Überlegungen des Gemeinderates zum Bauland im Rony aussehen. Gerade vorher hätte man gehört, dass man das Land allenfalls verkaufen müsste, um einen Ausgleich bei den Finanzen schaffen zu können. Da werde man natürlich ein bisschen hellhörig. Es wäre für das UGF wirklich eine grosse Sorge, wenn dieses Land, das eigentlich alle Kriterien für den preisgünstigen Wohnraum erfüllen würde, einfach weg wäre.

Gemeinderätin Renate Huwyler übernimmt die Beantwortung dieser Fragen. Hinsichtlich in Frage kommender Grundstücke hält sie fest, dass sie dazu nichts sagen könne, weil man noch in Verhandlungen stehe und dies taktisch nicht sehr klug wäre. Das wegen des Rony-Landes habe man vorhin schon gehört. Dieses sei – wie gesagt – das Tafelsilber der Gemeinde. Im Gemeinderat sei man sich einig, dass man dieses Land sicher bis 2018 nicht antasten will. Zudem handle es sich um ein hochpolitisches Thema, das man an einer Gemeindeversammlung diskutieren würde. Es stelle sich dann die Frage, ob es eine Aufgabe der Gemeinde sei oder nicht. Dann spreche II den raumplanerischen Bericht vom August 2002 an. Damals sei sie noch nicht im Gemeinderat gewesen. Sie sei jetzt seit sechs Jahre dabei und sie habe noch nie etwas von dieser Verpflichtung gehört und auch der Regierungsrat habe das nie irgendwie schriftlich durchblicken lassen. Sie habe aber nicht mit Bauvorsteher Erich Wenger Rücksprache genommen. Im Gemeinderat sei nichts Derartiges bekannt. Wie gesagt es handle sich um den raumplanerischen Bericht von 2002.

Für HH wäre es ein Widerspruch, wenn der Gemeinderat das Gefühl hätte, das Land im Rony teuer zu verkaufen und gleichzeitig von anderen erwartet, dass sie ihr Land günstig abgeben, um preisgünstigen Wohnraum bauen zu können. Es gebe für das Rony auch einen Vorschlag: Nach den Informationen des UGF könnte man auf dem Land drei Wohnblöcke aufstellen. Oder man könnte auch nur einen Teil verkaufen und den Rest für günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen.

Gemeindepräsidentin Regula Hürlimann führt aus, dass die Frage betreffend Zukunft des Landes im Rony – wie Renate Huwyler gesagt habe –, hochpolitisch sei, was einen Abend eigentlich sprengen würde. Auch wenn man im Finanzplan das Rony-Land auf 2018 zurückgestellt habe, habe man noch keine Aussage gemacht, ob der Gemeinderat das Land verkaufen oder für was er es brauchen wolle. Das müsse von der Versammlung im Moment einfach zur Kenntnis genommen werden. Wenn man das Rony-Land früher überbauen wolle, dann müsste man blitzartig auch das Schulhaus Rony ausbauen, schneller als es jetzt im Finanzplan festgelegt sei. Also brauche es eine gewisse Zeit. Es handle sich um einen blossen Zwischenbericht. Der Gemeinderat sei auf dem Weg und man werde sicher wieder berichten. Zu einem anderen Resultat komme man heute Abend nicht.

FF führt aus, dass wenn man 30 Wohnungen mit je CHF 300.— pro Monat subventioniere, die Gemeinde dem Vermieter insgesamt CHF 9'000.— Miete pro Monat zahlen würde. Das wäre dann Wohnförderung. Was man hier aber diskutiere, sei Wohnbauförderung. An keinem Ort im Wohnförderungsgesetz stehe, dass die Gemeinden auch das Wohnbauen fördern müssten.

Nachdem die Diskussion erschöpft ist, nimmt die Versammlung vom Zwischenbericht preisgünstiger Wohnungsbau Kenntnis.

Traktandum 5

Interpellation des Unabhängig-Grünen Forums Hünenberg betreffend Prüfung eines Wechsels der Gemeindestromversorgung zum Stromprodukt «EGH Sonne & Wasser» – Antwort des Gemeinderates

Das Unabhängig-Grüne Forum Hünenberg hat am 12. September 2012 die folgende Interpellation eingereicht:

«Mit Freude stellen wir fest, dass die Gemeinde Hünenberg sehr vorbildlich mit dem Thema Energie umgeht. An verschiedenen Projekten sind die Bemühungen seitens der Gemeinde einer sinnvollen Energiestrategie sichtbar. Z.B. die Unterstützung der BiEAG und Beiträge zur Förderung der erneuerbaren Energien werden an Wohneigentümer geleistet. Das Schulhaus Eichmatt wurde als Minergie-Gebäude gebaut und die vor einigen Jahren eingesetzte Energiekommission beschäftigt sich mit der zukünftigen Energiestrategie.

Die Energiestrategie der Gemeinde basiert auf drei Säulen: Vorbildrolle, Nachhaltigkeit und Standortförderung.

Energiestrategie: Die Gemeinde verhält sich im Energiebereich vorbildlich.

Eine beachtliche Anzahl von Hünenberger Eigenheimbesitzer bezieht das Stromprodukt «EGH Sonne & Wasser». Somit konsumieren sie nur Strom von «Sonne und Wasser» für einen bescheidenen Mehrpreis von 2 Rp. pro kWh.

FRAGEN:

- *Warum ist die Gemeinde als Vorbild nicht Bezügerin dieses Stromproduktes?*
- *Hat die Gemeinde Hünenberg schon erwogen, ihren gesamten Strombedarf oder Teilbereiche (z.B. Schulhäuser, Verwaltung) mit dem Stromprodukt «EGH Sonne & Wasser» zu decken?*
- *Mit welchen zusätzlichen Kosten müsste gerechnet werden, wenn die Gemeinde auf das Stromprodukt «EGH Sonne & Wasser» wechseln würde?*

Energiestrategie: Die Gemeinde betreibt eine zukunftsorientierte Energiepolitik und fördert Eigeninitiative und Eigenverantwortung.

- *Prüft der Gemeinderat die Optionen für den Bezug des Stromproduktes «EGH Sonne & Wasser» und wie könnte die Finanzierung aussehen?*
- *Was ist konkret vorgesehen beim geplanten Umbau des Schulhauses Ehret B?*

Energiestrategie: Die Gemeinde betreibt eine aktive Kommunikationspolitik und informiert in Energiefragen.

- *Was plant der Gemeinderat zusammen mit der Energiekommission oder anderen Gruppierungen konkret, um die Bevölkerung im Energiebereich noch mehr zu sensibilisieren?*

Das Unabhängig-Grüne Forum bedankt sich herzlich für die Beantwortung der Fragen.»

Die ausführliche Antwort des Gemeinderates ist in den Vorlagen abgedruckt. Die verkürzte mündliche Beantwortung übernimmt Gemeinderat und Vorsteher der Abteilung Bau und Planung Erich Wenger.

HH bedankt sich herzlich für die Antwort. Man habe sich darüber gefreut, dass die Gemeinde bereits Bezügerin des Produkts «Sonne & Wasser» ist. Sie fände es aber schade, dass man den Weg via Interpellation haben gehen müssen. Das UGF sei in der Energiekommission nicht vertreten. Deshalb bleibe dem UGF eigentlich nur die Möglichkeit einer Interpellation, um sich einbringen zu können. Man habe auch die Information in der Bevölkerung vermisst. Sie habe an keinem Ort lesen können, was laufe. Man habe also auch auf diesem Weg keine Informationen einholen können. Zudem sei für sie auch nicht klar gewesen, was die einzelnen Schritte der Energiestrategie sind und sie höre jetzt zum ersten Mal was die Gemeinde vorhabe. Die Öffentlichkeitsarbeit sei in diesem Bereich extrem wichtig. Sie würde gern noch etwas mehr erfahren, wo es beispielsweise Sparmöglichkeiten im Bereich Strom für Private gibt. Aber auch im Industriegebiet sei dies sehr sinnvoll. Weiter möchte sie wissen, ob auch Bestrebungen in eine andere Richtung bestehen. So wisse sie nicht, ob die 2'000-Watt-Gesellschaft ein Thema ist. Dies wäre auch interessant zu wissen. Sie glaube, dass sich das UGF weiterhin nur so einbringen könne, weil es keine andere Möglichkeit habe. Man werde deshalb einfach wieder Fragen stellen, wenn man etwas vermisse.

Die Versammlung nimmt von der Interpellationsantwort Kenntnis.

Schluss

Dankesworte

Zum Schluss bleibt der Vorsitzenden noch zu danken und ein paar Termine bekannt zu geben, bevor man gemeinsam auf besinnliche Advents- und Weihnachtstage anstossen kann. Sie dankt ihren Kolleginnen und ihren Kollegen im Gemeinderat. Es habe sich um ein reich befruchtetes Jahr mit Zukunftskonferenz, neuer Partnergemeinde und vielen wichtigen Geschäften gehandelt und immer seien alle dabei gewesen. Dies habe sie sehr gefreut. Weiter dankt sie dem gemeindlichen Werkdienst, der u. a. mit der Schneeräumung und dem Lichterweg viel zum Dorfleben beitrage sowie allen Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung und allen Mitgliedern von gemeindlichen Kommissionen und Arbeitsgruppen sowie allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den Vereinen und an gemeindlichen Anlässen.

Wichtige Anlässe

Die Vorsitzende lädt die Anwesenden zu folgenden Anlässen ein:

- Apéro am Lichterweg vom Donnerstag, 13. Dezember 2012, ab 18.00 Uhr, auf dem Hubel
- Kantonsratspräsidentenfeier für Kantonsrat Hubert Schuler vom Freitag, 14. Dezember 2012, 17.30 Uhr, auf dem Dorfplatz
- Gemeindliche Ehrungen (Sportlerehrung und Übergabe des Hünenberger Anerkennungspreises sowie Würdigung der Freiwilligenarbeit) vom Freitag, 11. Januar 2013, 18.30 Uhr, im Saal «Heinrich von Hünenberg»
- Gesprächsrunde mit dem Gemeinderat vom Samstag, 25. Mai 2013, 09.00 bis ca. 11.00 Uhr, in der Badi Hünenberg zum Thema Verkehr
- Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2013, 20.00 Uhr, Saal «Heinrich von Hünenberg»

Der letzte Dank gehört allen Anwesenden für deren Erscheinen zur heutigen Gemeindeversammlung und das Mittragen der Entscheide. Abschliessend wünscht die Vorsitzende frohe Festtage, gute Gesundheit und Wohlergehen sowie ein gutes neues Jahr und lädt alle noch zu einem Apéro ins Foyer ein.

Schluss der Einwohnergemeindeversammlung: 21.45 Uhr

Hünenberg, 6. Februar 2013

Für das Protokoll

Guido Wetli